

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik	Datum 12. Juni 2009
	Schriftführung Willi Schmitz
	Telefon-Nr. 02202/141382
Niederschrift	
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Sitzung am Donnerstag, 28. Mai 2009
Sitzungsort	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)
Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	17:00 Uhr - 19:10 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 01.04.2009 - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus den Sitzungen des Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 01.04. und 21.04.2009 - öffentlicher Teil -**
210/2009
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6. Präsentation des Strundeverbandes und seiner Aktivitäten**
207/2009
- 7. Neuvergabe der Werberechte**
206/2009
- 8. Ergebnis der Verkehrszählung in der Straße "In der Auen"**
226/2009
- 9. Ausbau der Straße "Klutstein"**
222/2009

10. **Erneuerung der Maschinellen Schlammverdickung im Klärwerk Beningsfeld**
208/2009
11. **III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Bergisch Gladbach (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)**
186/2009
12. **Antrag der CDU-Fraktion vom 30.03.2009, Eingang 31.03.2009 zur Einrichtung einer Querungshilfe auf der Gierather Straße in Höhe der Einmündung Gierath**
225/2009
13. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 25.04.2009, gemäß den Forderungen des RFK von 1988 an allen großen Straßen im Stadtgebiet die Alleen wieder herzustellen.**
224/2009
14. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 04.05.2009, Eingang 11.05.2009, die Gewässer Kahnweiher und Saaler Mühlenbach voneinander zu entkoppeln**
234/2009
15. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.05.2009, Eingang 14.05.2009, zur Überprüfung der vorgelegten Kostenkalkulation für den Bau einer Zufahrt von GL-Zentrum zur A 4 über den alten Bahndamm**
243/2009
16. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.05.2009, Eingang 14.05.2009, zur Präsentation der Resultate für die Regionale 2010 in übersichtlicher, bewertender Form**
251/2009
17. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 01.04.2009 - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung des Beschlusses aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 01.04.2009 - nichtöffentlicher Teil -**
211/2009
3. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
5. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Peter Mömkes, begrüßt die anwesenden Teilnehmer der 38. Sitzung des Ausschusses in der siebten Wahlperiode und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs- sowie fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die sachkundigen Bürger Friedhelm Schlaghecken (CDU) und Thomas Salomon (FDP) unter Verlesung des Verpflichtungstextes vom Vorsitzenden als Ausschussmitglieder eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 01.04. - öffentlicher Teil -

@->Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 01.04.2009 – öffentlicher Teil – wird einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus den Sitzungen des Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 01.04. und 21.04.2009 - öffentlicher Teil -

@->Der Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 01.04.2009 und 21.04.2009 – öffentlicher Teil – wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@->Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@->Es liegen keine Mitteilungen vor.

<-@

6 Präsentation des Strundeverbandes und seiner Aktivitäten

@->Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Metzen als Vertreter des Strundeverbandes.

Hieran anschließend weist Herr Wagner zunächst auf die personelle Übereinstimmung zwischen dem Abwasserwerk auf der einen und dem Strundeverband auf der anderen Seite hin. In der Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt habe man neben dem Verbandsgebiet auch die derzeitigen Verbandsmitglieder sowie die Stimmvertei-

lung aufgeführt. Seit der Gründung des Strundeverbandes im Jahre 1973 nehme dieser die in der Vorlage geschilderten Aufgaben wahr. Unter Hinweis auf Nr. 1.4. der Vorlage sagt er zu, weiteres Material über den Strundeverband – soweit gewünscht – der Niederschrift beizufügen. Auskunft über die Maßnahmen des Verbandes gebe im Einzelnen die nachfolgende Präsentation.

Sodann trägt Herr Metzen die der Niederschrift als Anlage beigefügten Präsentation über die Aktivitäten des Strundeverbandes vor.

Im Anschluss an die Präsentation dankt der Vorsitzende Herrn Metzen für die Präsentation.

Herr Komenda möchte wissen, wie sich angesichts der Stimmenverteilung im Verband die Mehrheitsverhältnisse gestalten. Darüber hinaus möchte er wissen, nach welchem Schlüssel die beabsichtigten Maßnahmen finanziert werden.

Hierzu erklärt Herr Wagner, dass die Abstimmungen nach demokratischen Gesichtspunkten abliefen, wobei es seiner Erinnerung nach in der Vergangenheit noch zu keinen Schwierigkeiten gekommen sei. So würde größere Maßnahmen im Vorfeld regelmäßig mit m-real abgestimmt. Ferner seien die Aufgaben u.a. aus dem Bereich der Gewässerunterhaltung gesetzlich vorgegeben, so dass es hier keine großen Spielräume gebe. Die Finanzierung der Maßnahmen erfolge nach verhältnismäßig komplizierten Veranlagungsregeln, wobei die Stadt hier u.a. aufgrund der Vielzahl der Einleitstellen den größten Anteil mit über 90 % der Kosten übernehme.

Herr Ziffus hält die vorgestellten Maßnahmen für einen guten Kompromiss, auch wenn es schwierig sei, im Bereich der Innenstädte einen ökologischen guten Ausgleich herzustellen. Darüber hinaus sei eine Offenlegung auch aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus als positiv zu betrachten. Dennoch plädiert er dafür, keine verrohrten Strecken von mehr als 25 – 30 Metern Länge zu planen, da dies negative Auswirkungen auf die Gewässerqualität habe. Nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie gebe es eine Frist bis 2027, die einzuhalten sei, eine Verlängerung über diesen Zeitraum hinaus erscheine schwierig und wird ausführlich zu begründen sein. Abschließend spricht er sich persönlich jedoch für eine Sanierung der Strunde in Richtung der Quelle und nicht wie vorgeschlagen aus der anderen Richtung aus. Ungeachtet dessen freue er sich schon auf die bevorstehenden Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität.

Daran, dass die Maßnahmen des Verbandes aus Sicht des Gewässers betrachtet würden, erinnert Herr Metzen. Insgesamt sei man nach den gesetzlichen Vorgaben jedoch gut aufgestellt. So seien zwischenzeitlich insgesamt 3 Regenklärbecken im Bereich des Gewerbegebietes An der Zinkhütte fertig gestellt worden, ein weiteres Regenklärbecken sei für den Bereich des Rodenbaches ebenso wie weitere Regenklär- bzw. –rückhaltebecken im Verlauf der Strunde geplant.

Frau Schneider bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für den informativen Vortrag. Sie möchte wissen, ob eine Trennung des Baches von See wie im Beispiel des Lerbacher Sees eine Verbesserung für den Bach oder den See darstelle. Hierzu verweist sie auf den TOP A 14 der heutigen Sitzung. Weiterhin möchte Sie wissen, aus welchen Mitteln eine solche Maßnahme finanziert wird und wer diese Kosten letztendlich zu zahlen habe.

Diesbezüglich erläutert Herr Metzen, dass eine Stauhaltung für ein Fließgewässer negative Auswirkungen haben, da sich u.a. die Temperatur des Gewässers erhöhe. Beim Ausfluss aus dem See würden sich so die natürlichen Bedingungen im Bach verändern, hierbei spricht man von einer künstlichen Alterung des Gewässers. Bei einer quellnahen Rückhaltung ergebe sich somit hinaus eine Verschiebung der Lebensräume im Verlauf des Gewässers. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass nahezu alle Rückhaltungen im Stadtgebiet künstlich angelegt worden seien. Zur Finanzierung der Maßnahme Lerbacher See erklärt er, dass die Kosten hierfür zu 100 % vom Strundeverband getragen worden seien. Man habe im Vorfeld lange mit dem Eigentümer des Geländes verhandelt und ihn überzeugen können, dass die Maßnahme auch positive Auswirkungen auf das Umfeld habe. Aufgrund der hohen Schlammfracht und den damit zusammenhängenden Entsorgungskosten, sei die Maßnahme zwar verhältnismäßig teuer geworden, jedoch habe sich der Aufwand durchaus gelohnt.

Herr Krafft möchte wissen, wohin der Schlamm entsorgt worden sei. Weiterhin habe er vom Pächter des Lerbacher Sees erfahren, dass in diesem See keine Fische leben könnten, da der Ursprung des Baches mit Schwermetallen belastet sei. Er möchte daher wissen, ob dieser Umstand auf weitere Gewässer im Stadtgebiet zutreffe.

Hierzu weist Herr Metzen darauf hin, dass auch andere Bäche im Stadtgebiet gebe, die unter einer Schwermetallbelastung leiden. Man habe im Zuge der Maßnahme allerdings festgestellt, dass Fische im See drin gewesen sind. Der Schlamm aus dem Teich sei auf die Deponie Lüderich verbracht worden, da sich nach dem Trocknen des Schlamms keine erhöhte Schadstoffbelastung gezeigt habe. Anderenfalls habe man den getrockneten Schlamm auf die Deponie Leppe verbringen müssen.

Der Vorsitzende dankt Herrn Metzen für seine Ausführungen im Anschluss an die Präsentation und weist darauf hin, dass in den Sitzungen des Ausschusses nach der Sommerpause ein Vertreter eines anderen Wasserverbandes zugegen sein wird.

<-@

7

Neuvergabe der Werberechte

@->Herr Höring dankt der Verwaltung für die umfangreiche und informative Vorlage. Er entnimmt der Vorlage, dass die Verwaltung beabsichtige, das Netz an sog. City-Light-Plakaten auszubauen. Hierzu möchte er wissen, an wie vielen Standorten die Einrichtung dieser Plakate im Stadtgebiet geplant sei. Er plädiert in diesem Zusammenhang für die Anschaffung einer hochwertigen Möblierung und eines hochwertigen Equipment, auch wenn dies zunächst Mehrkosten verursache. Diskutiert habe man im Vorfeld auch über die Notwendigkeit einer externen Beratung in Höhe von insgesamt rund 100.000 € Hier sei zu prüfen, ob diese Aufgaben nicht zumindest zum Teil von der Verwaltung übernommen werden können und ob eine juristische Beratung im geplanten Umfang überhaupt notwendig sei. Angesichts einer geplanten 10-jährigen Laufzeit müsse das Ergebnis demnach jährlich um rund 10.000 € besser ausfallen als ohne eine entsprechende Beratung.

Hierzu erklärt Herr Hardt, dass man bei der beleuchteten Werbung an den Laternen von 200 – 400 Stück ausgehe, wobei die Ausführung eine hochwertige sei. Bei den großflächigen Plakatständern, dem sog. Mega-Lights, betrüge die Größe der Netze ca. 12 – 15 Stück. Hierbei böte sich an, die vorhandenen City-Star Standorte entlang der Hauptverkehrsstraßen geringfügig zu erweitern, wobei es sich dann ebenfalls um eine

hochwertige Anlage handelt. In den bereits geführten Gesprächen mit potentiellen Werbepartnern habe sich herausgestellt, dass auch von dort ein hochwertiges Netz gewünscht werde. Auch würden verstärkt citynahe Standorte nachgefragt, so dass man nach den eingehenden Angeboten abwägen müsse, welchen Wert die einzelnen Netze hätten. Bei den bereits geführten Gesprächen mit externen Beratern habe man überdies festgestellt, dass es sowohl qualitativ als auch im Hinblick auf den Preis enorme Unterschiede gebe. Vor diesem Hintergrund habe man bei der Kalkulation der Kosten einen Mittelpreis zugrunde gelegt. Angesichts der Rechnung von Herrn Höring geht er davon aus, dass die Mehrkosten bezogen aufs Jahr durchaus refinanzierbar seien. Seitens der Verwaltung habe man die entsprechenden Vorarbeiten geleistet, um so das Honorar entsprechend begrenzen zu können.

Herr Komenda bittet darum, auch weiterhin für kulturelle Veranstaltungen u.ä. einen Sonderpreis vorzuschreiben, der nicht verhandelbar ist.

Diesbezüglich verweist Herr Hardt auf die Vorlage zur Plakatierung im Stadtgebiet in einem der zurückliegenden Ausschüsse. Diese Kontingente würden erfahrungsgemäß verstärkt z.B. von Vereinen in Anspruch genommen, hier würde die Aufgabe in städtischer Hand verbleiben. Voraussichtlich werde es weniger Litfasssäulen im Stadtgebiet geben, da diese Art der Plakatierung weniger nachgefragt wird. Die bisherigen Erfahrungen zur Plakatierung seien aus Sicht der Vereine überwiegend positiv.

Ergänzend zu seiner vorherigen Wortmeldung möchte Herr Höring wissen, ob die Frage durch Werbung finanzierter öffentlicher Toiletten ebenfalls eine Rolle spiele. Er erinnert in diesem Zusammenhang an einen Standort auf der Hauptstraße in Höhe des Forumparks.

Diesbezüglich weist Herr Schmickler darauf hin, dass man sich entschlossen habe, grundsätzlich keine Kopplungsgeschäfte einzugehen, da dies für die Stadt unwirtschaftlich sei. Sofern Bedarf nach weiteren öffentlichen Toiletten bestünde, würde man diese daher ohne Werbung am Markt einkaufen.

Darüber hinaus nimmt der Ausschuss die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

<-@

8 **Ergebnis der Verkehrszählung in der Straße "In der Auen"**

@-> Herr Höring erklärt, dass seine Fraktion das Ergebnis der Zählung zur Kenntnis nehme. Jedoch stelle sich die Frage, ob eine Zählung zu einer anderen Tageszeit, z.B. zwischen 07.00 und 09.00 Uhr nicht zu einem anderen Ergebnis geführt hätte. Er bittet jedoch, dem Ausschuss die Stellungnahme der Polizei vorzulegen, sobald diese vorläge.

Wann mit einer Entscheidung der Polizei zu rechnen sei, möchte Herr Krafft wissen. Darüber hinaus halte auch seine Fraktion den Zeitpunkt der Zählung für etwas unglücklich.

Aufgrund der beiden vorhergehenden Wortmeldungen plädiert der Vorsitzende für eine erneute Zählung zu einer anderen Tageszeit.

Frau Kreft hingegen plädiert gegen eine erneute Zählung, da die Ergebnisse der letzten Zählung eindeutig seien.

Nach Ansicht von Herrn Ziffus seien weniger die LKW das Problem in der Straße „In der Auen“ als vielmehr zu schnell fahrende PKW.

Herr Widdenhöfer weist darauf hin, dass die Stellungnahme der Polizei noch nicht vorliege. Er sagt zu, diese nach dem Eingang bei der Verwaltung dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Ferner weist er darauf hin, dass sich aus den Zählergebnissen der vielfachen Zählungen in den letzten Jahren eine klare Tendenz ableiten lasse, so dass er sich gegen eine erneute Zählung ausspricht. Es habe sich herausgestellt, dass der PKW-Verkehr von und zur Autobahn den Großteil des Verkehrs ausmache. Dies sei stets ein Argument dafür gewesen, warum die Straße nicht als reine Wohnstraße zu qualifizieren sei.

Auf den Vorschlag des Vorsitzenden, in den Straßen „In der Auen“ und „Bernard-Eyberg-Straße“ mobile Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen, erklärt Herr Widdenhöfer, dass dies bereits regelmäßig geschehe.

Sodann nimmt der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

9

Ausbau der Straße "Klutstein"

@->Erfreut über die in der Tischvorlage als Variante 1 dargestellte Lösung mit nur einem Fußweg zeigt sich Herr Ziffus. Er schlägt daher diese Ausbauvariante zur Abstimmung vor, da in diesem Fall ein guter Kompromiss zwischen dem Baumschutz auf der einen und der Verkehrssicherheit auf der anderen Seite geschaffen werde. Auch seien die Bäume auf der östlichen Seite im Zuge der Kanalbaumaßnahme aufwändig geschützt worden, so dass eine anschließende Fällung im Zuge des Straßenausbaus ein Schildbürgerstreich sei.

Für einen beidseitigen Gehweg spricht sich hingegen Herr Kierspel aus, da sich an dieser Stelle ein Kindergarten befinde. Ferner sei anhand des Gesamtzustandes der Bäume erkennbar, dass diese abgängig seien und keinen richtigen Halt mehr hätten.

Herr Höring bedankt sich zunächst für die Ergänzungen zu dieser Vorlage als Tischvorlage. Jedoch möchte er wissen, warum diese Ausbauvariante nicht bereits bei Erstellung der Vorlage mit eingebracht worden sei. Obwohl ein beidseitiger Gehweg durchaus wünschenswert sei, spricht er sich im vorliegenden Fall ebenfalls nur für einen einseitigen Gehweg auf der östlichen Seite aus, um die dort vorhandenen Bäume zu erhalten. Auch sei zu überlegen, ob es nicht Sinn mache, die Bäume zurückzuschneiden, um den dort geplanten Gehweg besser nutzen zu können.

Nach Ansicht von Herrn Krafft seien die Bäume durchaus erhaltenswert. Allerdings stelle sich für ihn die Frage nach dem Zugang zum dort vorhandenen Kindergarten, dieser sei aus den Plänen nicht erkennbar.

Diesbezüglich erklärt der Vorsitzende, dass Kindergartenkinder heute in der Regel von den Eltern mit dem Auto zum Kindergarten gebracht werden.

Frau Kreft schließt sich für ihre Fraktion einem Erhalt der Bäume an. Darüber hinaus bittet Sie die Verwaltung, den Begriff der Grünfläche in der Vorlage genauer zu konkretisieren, da man nicht genau erkennen konnte, ob es sich im vorliegenden Falle um

eine Grünfläche oder tatsächlich um Bäume handele. Weiterhin sei ihr zugetragen worden, dass die im Bereich der Bäume vorhandene Mauer beschädigt sei. Sie möchte daher wissen, ob die Instandsetzung der Mauer im Zusammenhang mit der Baumaßnahme erfolge.

Dies wird von Seiten der Verwaltung bejaht.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 16 Ja-Stimmen (5 CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, KIDinitiative und BfBB) bei einer Gegenstimme aus den Reihen der CDU-Fraktion den Beschluss: <-@

@->Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt, die Straße „Klutstein“ in das Straßenbauprogramm 2009 aufzunehmen und entsprechend der vorgestellten Straßenplanung (Variante 1 bei Erhalt der Bäume) im Separationsprinzip auszubauen.

<-@

10 Erneuerung der Maschinellen Schlammendickung im Klärwerk Beningsfeld

@-> Herr Wagner weist darauf hin, dass es sich bei dieser Materie nicht um ein alltägliches Thema für das Abwasserwerk handele. Aus diesem Grunde stehe Herr Becker vom Ingenieurbüro Delta Umwelttechnik dem Ausschuss für spezielle Fragen zur Verfügung.

Für Frau Kreft ist zunächst nicht nachvollziehbar, dass die ursprüngliche Kostenschätzung viel geringer ausgefallen sei als die nunmehr durchgeführte Kostenermittlung. Sie möchte daher wissen, wie es zu dieser Differenz kommen könne. Da die erste Schätzung offensichtlich nicht sachgerecht durchgeführt worden sei, bittet sie die Verwaltung zukünftige Kostenschätzungen gründlicher zu prüfen. Darüber hinaus entnimmt sie der Vorlage, dass bei Umsetzung des geplanten Systems eine höhere Gasgewinnung erzielt werden könne. Da dies jedoch mit Mehrkosten verbunden sei, möchte sie wissen, nach welcher Zeit sich diese Mehrkosten amortisieren würden.

Diesbezüglich betont Herr Wagner nochmals, dass es sich bei der Schlammendickung nicht um ein tägliches Geschäft des Abwasserwerks handelt, sondern um ein Spezialthema, mit dem man sich nur rund alle 20 Jahre im Zuge der Erneuerung zu befassen habe. Es sei nicht wirtschaftlich, das hierzu notwendige Spezial Know-How im Hause vorzuhalten.

Anschließend stellt Herr Becker sich und sein Ingenieurbüro kurz vor, wobei er betont, dass die hier behandelte Problematik für ihn tägliches Geschäft sei. Es handele sich für Laien in der Tat um einen komplexen Bereich. Im vorliegenden Fall stelle sich die Entwicklung der Kosten jedoch nicht so dramatisch dar, wie dies möglicherweise aus der Vorlage zu entnehmen sei. Zunächst habe man im ersten Schritt eine detaillierte Bestandsaufnahme vornehmen müssen, dies sei eine unabdingbare Voraussetzung für die Kostenermittlung gewesen. Hierbei habe man Gesamtkosten in Höhe von rund 421.000 €ermittelt. Die weitere Erhöhung der Gesamtkosten auf rund 563.000 €sei auf die Ergebnisse einer Diplomarbeit auf der Kläranlage zurückzuführen, wonach sich durch eine höhere Gasausbeute jährliche Kosten in Höhe von rund 30.000 €einsparen ließen. Insofern würden sich diese zusätzlichen Kosten von rund 140.000 €nach gut 4 ½ Jahren amortisieren.

Herr Ziffus weist darauf hin, dass sich die jährlichen Einsparungen durch die geringeren Wartungskosten auf rund 50.000 €erhöhen dürften. Insofern sei es durchaus mög-

lich, dass sich die Mehrkosten bereits früher amortisieren dürften. Er bittet jedoch, bei künftigen Vorlagen eine Vergleichsberechnung der jetzigen jährlichen Kosten mit den geplanten jährlichen Kosten vorzulegen, um so eine überschaubarere Gegenüberstellung der laufenden Kosten zu bekommen.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Verwaltung bereits signalisiert habe, diese Anregung aufzunehmen.

Anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitative) bei einer Enthaltung (BfBB) den Beschluss: <-@

@->Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die Durchführung der Maßnahme „Erneuerung der Maschinellen Schlammeindickung im Klärwerk Beningsfeld“ auf der Grundlage der vorgelegten Kostenschätzung.

<-@

11 III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Bergisch Gladbach (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)

@->Herr Wagner weist darauf hin, dass es sich bei dieser Materie nicht um ein alltägliches Thema für das Abwasserwerk handele. Aus diesem Grunde stehe Herr Becker vom Ingenieurbüro Delta Umwelttechnik dem Ausschuss für spezielle Fragen zur Verfügung.

Für Frau Kreft ist zunächst nicht nachvollziehbar, dass die ursprüngliche Kostenschätzung viel geringer ausgefallen sei als die nunmehr durchgeführte Kostenermittlung. Sie möchte daher wissen, wie es zu dieser Differenz kommen könne. Da die erste Schätzung offensichtlich nicht sachgerecht durchgeführt worden sei, bittet sie die Verwaltung zukünftige Kostenschätzungen gründlicher zu prüfen. Darüber hinaus entnimmt sie der Vorlage, dass bei Umsetzung des geplanten Systems eine höhere Gasgewinnung erzielt werden könne. Da dies jedoch mit Mehrkosten verbunden sei, möchte sie wissen, nach welcher Zeit sich diese Mehrkosten amortisieren würden.

Diesbezüglich betont Herr Wagner nochmals, dass es sich bei der Schlammeindickung nicht um ein tägliches Geschäft des Abwasserwerks handelt, sondern um ein Spezialthema, mit dem man sich nur rund alle 20 Jahre im Zuge der Erneuerung zu befassen habe. Es sei nicht wirtschaftlich, das hierzu notwendige Spezial Know-How im Hause vorzuhalten.

Anschließend stellt Herr Becker sich und sein Ingenieurbüro kurz vor, wobei er betont, dass die hier behandelte Problematik für ihn tägliches Geschäft sei. Es handele sich für Laien in der Tat um einen komplexen Bereich. Im vorliegenden Fall stelle sich die Entwicklung der Kosten jedoch nicht so dramatisch dar, wie dies möglicherweise aus der Vorlage zu entnehmen sei. Zunächst habe man im ersten Schritt eine detaillierte Bestandsaufnahme vornehmen müssen, dies sei eine unabdingbare Voraussetzung für die Kostenermittlung gewesen. Hierbei habe man Gesamtkosten in Höhe von rund 421.000 €ermittelt. Die weitere Erhöhung der Gesamtkosten auf rund 563.000 €sei auf die Ergebnisse einer Diplomarbeit auf der Kläranlage zurückzuführen, wonach sich durch eine höhere Gasausbeute jährliche Kosten in Höhe von rund 30.000 €einsparen ließen. Insofern würden sich diese zusätzlichen Kosten von rund 140.000 €nach gut 4 ½ Jahren amortisieren.

Herr Ziffus weist darauf hin, dass sich die jährlichen Einsparungen durch die geringeren Wartungskosten auf rund 50.000 € erhöhen dürften. Insofern sei es durchaus möglich, dass sich die Mehrkosten bereits früher amortisieren dürften. Er bittet jedoch, bei künftigen Vorlagen eine Vergleichsberechnung der jetzigen jährlichen Kosten mit den geplanten jährlichen Kosten vorzulegen, um so eine überschaubarere Gegenüberstellung der laufenden Kosten zu bekommen.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Verwaltung bereits signalisiert habe, diese Anregung aufzunehmen.

Anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitative) bei einer Enthaltung (BfBB) den Beschluss: <-@

@->Die III. Nachtragsatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Bergisch Gladbach (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

<-@

12 Antrag der CDU-Fraktion vom 30.03.2009, Eingang 31.03.2009 zur Einrichtung einer Querungshilfe auf der Gierather Straße in Höhe der Einmündung Gierath

@->Herr Höring dankt der Verwaltung für die gute Vorlage zum Antrag seiner Fraktion. Er schlägt die Errichtung einer einseitigen Fußgängerkanzel - wie in Variante 3 vorgeschlagen - vor.

Dem stimmt auch Herr Ziffus für seine Fraktion zu.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig den Beschluss: <-@

@->Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die Errichtung einer einseitigen Fußgängerkanzel in Höhe des Hauses Gierather Straße 214 gemäß Variante 3 der Vorlage.

<-@

13 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 25.04.2009, gemäß den Forderungen des RFK von 1988 an allen großen Straßen im Stadtgebiet die Alleen wieder herzustellen.

@->Herr Ziffus begründet den Antrag seiner Fraktion mit dem Verlauf der Deutschen Alleenstraße, die seit Anfang des Jahres durch das Bergisch Gladbacher Stadtgebiet führt, jedoch nur noch rudimentär existiere. Der Verlauf durch die Stadt biete ein großes Potential und sei zugleich eine tolle Chance, entlang der Route durch die Stadt zusätzliche Bäume zu pflanzen. Jedoch müsse man berücksichtigen, dass die Bäume für Autofahrer unter Umständen eine Gefahr darstellen und ggf. Leitplanken zu errichten seien. Ein weiterer Anlass für den Antrag seien ferner die Rodungen entlang der Kürtener Straße gewesen, hier würden sich die freigeschnittenen Flächen für die Anpflanzung einer Allee bis nach Herrenstrunden im Rahmen der Regionale 2010 geradezu anbieten. Auch an anderen Stellen im Stadtgebiet gebe es entlang der Hauptverkehrsstraßen genügend Potentiale. Weiterhin habe er mit dem dem Antrag beigefügten Zeitungsartikel zum Nachdenken anregen wollen, da im Zuge der Klimaerwärmung mehrere Gutachter für die Pflanzung neuer Bäume zur Absenkung der Temperaturen auf den Straßen plädieren.

Grundsätzlich positiv bewertet Herr Höring den Antrag, jedoch spricht er sich dafür aus, diesen nicht pauschal zu beschließen, da zunächst die Machbarkeit von solchen Anpflanzungen entlang der Straßen geprüft werden müsse. Auch müsse die Frage, wer für die Pflege der Bäume bzw. die Reinigung der Straßen und Gehwege nach der Pflanzung zuständig sei, noch abschließend geklärt werden. Er schlägt daher vor, dass die Verwaltung vor einem entsprechenden Beschluss eine detaillierte Prüfung vornimmt, an welchen der im Antrag genannten Stellen Baumpflanzungen für sinnvoll und realisierbar erachtet werden.

Auch Frau Schneider hält zusätzliche Baumanpflanzungen entlang von Straßen für ökologisch sinnvoll, insofern handele es bei dem Antrag Ihrer Ansicht nach ebenfalls um einen guten Antrag. Allerdings plädiert auch sie für die Erstellung einer entsprechenden Machbarkeitsstudie durch die Verwaltung, bevor durch den Ausschuss ein Beschluss über den vorliegenden Antrag gefasst werde. Auch wenn die Verwaltung in der Vorlage bereits dargelegt habe, dass eine solche Studie nicht kurzfristig vorgelegt werden könne, hofft sie, dass diese ebenso wie der Antrag nicht in Vergessenheit gerate.

Seitens der Verwaltung sagt Herr Kremer zu, diese Anregung aufzunehmen. Er warnt jedoch davor, die im Falle von Anpflanzungen entstehenden Folgekosten unberücksichtigt zu lassen, diese würden bei Erstellung der Machbarkeitsstudie von der Verwaltung mit einbezogen und dargelegt.

Diesbezüglich erinnert Herr Ziffus daran, dass in eine solche Studie auch die Tatsache mit aufzunehmen sei, wonach eine stark erhitzte Asphaltfläche im Sommer einem stärkeren Verschleiß ausgesetzt sei. Auch müsse berücksichtigt werden, dass durch die Bäume Feinstaub gefiltert werde, so dass eine Vervollständigung der Bäume unter Umständen die Einrichtung einer Umweltzone erspare.

Herr Schmickler macht nochmals deutlich, dass es der Verwaltung nicht darum gehe, betriebswirtschaftliche Argumente gegen den Antrag zu liefern. Vielmehr sei es sinnvoll und geboten, vor dem Hintergrund der Klimaveränderung etwas in dieser Hinsicht zu unternehmen, jedoch dürfe der Ausschuss die Verwaltung nicht im Stich lassen, soweit im Rahmen der Studie personelle oder finanzielle Folgen aufgezeigt würden. Man könne z.B. darlegen, was heutzutage für die Pflege des Baumbestandes aufgewandt werden müsse, diese Zahlen seien dann entsprechend hochzurechnen.

Herr Ziffus verweist in diesem Zusammenhang auf eine ihm bekannte Allee, deren Bäume regelmäßig beschnitten würden. Die dabei angefallenen Äste würden energetisch zu Holzpellets verwertet, so dass auch auf diese Weise der Pflegeaufwand durch entsprechende Einnahmen verringert werden könne.

Zusammenfassend stellt der Vorsitzende fest, dass die Mehrheit des Ausschusses vor einem Beschluss eine entsprechende Machbarkeitsstudie der Verwaltung zu diesem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wünscht.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig den Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beauftragt die Verwaltung, ein Alleinbaumprogramm für die im Antrag aufgeführten Straßen zu

erstellen und dieses dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

<-@

14 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 04.05.2009, Eingang 11.05.2009, die Gewässer Kahnweiher und Saaler Mühlenbach voneinander zu entkoppeln.**

@->Herr Kremer erläutert zunächst die den Ausschussmitgliedern vor der Sitzung überreichte Tischvorlage zu diesem Antrag, da man nur einen kurzen Zeitraum zur Erstellung zur Verfügung gehabt habe. Er verweist auf den an der Rückseite des Rats-saales aufgehängten Plan, den die zuständige Ingenieurin zu diesem Antrag entwickelt habe. Anhand des unter TOP A 6 präsentierten Beispiels des Schlossteiches Lerbach könne man erkennen, was auf einem zusammenlaufenden Gewässer entwickeln werden könne. Seitens der Verwaltung werde großer Wert darauf gelegt, ein fließendes Gewässer zu erhalten, um die Ökologie des Gewässers zu verbessern, auch wenn die nicht gerade geringen Kosten u.a. für die Entschlammung von 750.000 € von der Stadt finanziert werden müssten. Die Ökologie des stehenden Gewässers sei in diesem Zusammenhang gesondert zu betrachten, jedoch habe man die Prüfung, was hierfür erforderlich sei, in der Kürze der Zeit noch nicht abschließen können. Er verweist in diesem Zusammenhang auf einen etwas älteren Vorschlag, wonach ein kleiner Raum des Gewässers genutzt werden könne, um eine Entkopplung zu erzielen. Zusammen mit der im Konjunkturprogramm vorgesehenen Verbesserung der Wege würde hier ein gutes Konglomerat gebildet. Sofern der Ausschuss vor dem Hintergrund des Antrages ein Startsignal gebe, sagt er zu, dass die Verwaltung die Pläne näher konkretisiert um dem Ausschuss anschließend einen konkreten Beschlussvorschlag unterbreiten zu können.

Der Vorsitzende bittet in diesem Zusammenhang um Prüfung, inwieweit für die Schlamm-Entwässerung das eigene Gelände z.B. der Kläranlage genutzt werden könne. Er erinnert daran, dass der Ausschuss bereits einen Grundsatzbeschluss zur Entschlammung u.a. des Kahnweihers gefasst habe. In diesem Zusammenhang bittet er die Verwaltung um Prüfung, inwieweit für die Renaturierung eines Gewässers bzw. eines Baches Landesmittel in Anspruch genommen werden können.

Frau Schneider verweist in diesem Zusammenhang an einen Antrag, den sie bereits im Jahre 2005 gestellt habe. Damals sei dieser Antrag jedoch mehrheitlich abgelehnt worden. Da sie die Unterlagen und damaligen Gutachten noch besäße, habe sie in diesen Unterlagen nachgeschaut und festgestellt, dass hierfür z.B. im Jahre 1999 nur Kosten von 600.000 DM u.a. für die Entschlammung des Kahnweihers angefallen wären. Seinerzeit hätte man die Maßnahme als Ausgleichsmaßnahme für die Steinbreche durchführen können, dies sei jedoch nicht geschehen. Zwar sei in Refrath mit Gegenwind aus der Bevölkerung zu rechnen, dennoch plädiert sie dafür, die Leute bei dieser Maßnahme mitzunehmen und über die beabsichtigten Maßnahmen ausreichend zu informieren.

Hierzu erklärt der Vorsitzende, dass die von Frau Schneider genannten Zahlen auf einer anderen Planung basieren und somit nicht mit den in der Vorlage aufgeführten Kosten zu vergleichen seien. Seinerzeit habe man einen Umlauf des Baches bei gleichzeitiger erheblicher Verkleinerung des Sees geplant. Die heutige Planung sehe allerdings die Trennung des Baches auf dem Gelände des Weihers vor, so dass eine andere Ausgangslage gelte.

Ergänzend weist Herr Kremer darauf hin, dass im 4. Stock des Rathauses Bensberg ein Modell der früheren Planung zur Ansicht stehe.

Herr Höring spricht sich für den Startschuss in der Sache durch einen entsprechenden Ausschussbeschluss aus. Ungeachtet dessen bittet er die Verwaltung um Mithilfe bei der Auslegung des letzten Satzes im vorletzten Absatz auf Seite 77 der Einladung.

Diesbezüglich erklärt Herr Kremer, dass das Wasser bei einer Trocknung in hohen Mieten nicht vollständig aus dem Schlamm entweicht, so dass ein höheres Gewicht des zu entsorgenden Schlammes zurückbleibt. Alternativ sei eine sog. technische Trocknung möglich, jedoch lägen hierzu noch keine Erfahrungen über entstehende Kosten vor, so dass auch diese Variante noch geprüft werden müsse.

Nach Ansicht des Vorsitzenden sei durchaus denkbar, dass Spezialfirmen den Schlamm auf dem Gelände der Kläranlage trocknen und das dort herausgefilterte Wasser direkt in die Kläranlage einleiten, während der getrocknete Schlamm auf die Deponie gebracht werden könne.

Herr Ziffus bezweifelt die Aussage in der Vorlage, es gebe im Kahnweiher keine Quellen. Nach seiner Einschätzung der geologischen Situation sowie aus ihm vorliegenden Untersuchungsergebnissen seien durchaus vertikale Ströme vorhanden, so dass er sich vorstellen könne, die Situation im Kahnweiher im Rahmen einer Diplomarbeit untersuchen zu lassen. Weiterhin könne man im Frühjahr bei Auftauen der Eisschicht auf dem See genau erkennen, wo in einem See Quellen vorhanden sein können, auch dies sei zu beachten.

Daran, dass diese Untersuchungen des Grundwassers nicht sehr aussagekräftig seien, soweit die Messpunkte relativ nahe beieinander liegen, erinnert Herr Kremer. Darüber hinaus läge bezogen auf den Kahnweiher eine spezielle geologische Situation vor. Soweit sich im Rahmen der weiteren Untersuchungen die Existenz von Quellen im Kahnweiher herausstellen sollte, würde dies im Rahmen der konkreten Planung selbstverständlich berücksichtigt.

Zusammenfassend schlägt der Vorsitzende vor, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN um den Zusatz „... auf Grundlage der bisher vorliegenden Planung der Verwaltung“ zu ergänzen.

Im Anschluss fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig den Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die Entkopplung der Gewässer „Kahnweiher“ und „Saaler Mühlenbach“ auf der Grundlage der bisher vorliegenden Planung der Verwaltung.

<-@

15 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.05.2009, Eingang 14.05.2009, zur Überprüfung der vorgelegten Kostenkalkulation für den Bau einer Zufahrt von GL-Zentrum zur A 4 über den alten Bahndamm**

@->Für Herrn Ziffus ist es nicht verwunderlich, dass er mit seinem Antrag nicht auf große Gegenliebe bei der Verwaltung gestoßen zu sein. Er jedoch halte die von ihm vorgelegten Zahlen für durchaus realistisch, dass Mittelstück der Bahndammtrasse sei mit rund 15 Mio. € angesichts noch nicht berücksichtigter Lärmschutzmaßnahmen

noch relativ niedrig angesetzt. Darüber hinaus sei er beim Ansatz der Deponiekosten für den Bahndamm von 37,5 Mio. € noch vorsichtig gewesen, andere Zahlen gingen hier von einem Kostenvolumen von 52,5 Mio. € aus. Zusammengefasst sei daher mit Kosten von 130 – 150 Mio. € zu rechnen, dies sei rund ein Zehnfaches dessen, was ursprünglich als Kosten geplant gewesen sei. All dies habe jedoch Tradition in Bergisch Gladbach, als Vergleich zieht er die Kostenentwicklung beim Bau des Tunnels „An der Gohrsmühle“ heran.

Auch Herr Rosen fände eine Übersicht über die geplanten Gesamtkosten interessant. Darüber hinaus habe der Bürgermeisterkandidat der CDU auf einer Podiumsdiskussion vor kurzem kundgetan, dass er über die Notwendigkeit der Bahndammtrasse erst entscheiden könne, wenn alle Zahlen hierzu endgültig festständen. Aus diesem Grund habe er erwartet, dass der Antrag mehrheitlich angenommen würde.

Nach Ansicht von Herrn Höring habe Herr Ziffus diesen Antrag nur gestellt, damit die von ihm aufgestellten Zahlen ins Protokoll aufgenommen würden. Allerdings können weder das Land noch die Stadt derzeit reelle Zahlen nennen. Aus diesem Grund mach es Sinn, die Planungen des Landes und die anschließenden Kostenschätzungen abzuwarten, um festzustellen, ob die von Herrn Ziffus vorgelegten Zahlen auch nur annähernd realistisch seien. Sofern dies zutreffe, sei ohnehin damit zu rechnen, dass die Straße über den Bahndamm wohl nicht gebaut werde.

Auch Nachfrage des Vorsitzenden, wie vor diesem Hintergrund mit dem Antrag umgegangen werden soll, erklärt Herr Ziffus, dass er die von Herrn Höring vorgebrachte Idee, die voraussichtlichen Kosten beim Land zu hinterfragen, vernünftig finde. Er schlägt daher vor, dort den derzeitigen Stand der Kostenschätzungen abzufragen und die genannten Zahlen dem Ausschuss zur Kenntnis vorzulegen.

Hierzu erklärt Herr Ziffus, dass sich das Land derzeit mit unterschiedlichen verkehrlichen Varianten befasse. Erst nachdem eine bestimmte Planung z.B. mit oder ohne sog. „Querspange“ bevorzugt werde, könnten genauere Auskünfte über die evtl. entstehenden Kosten getroffen werden. Ohne das Ergebnis dieser Untersuchungen seien evtl. Kostenschätzungen daher schlichtweg nicht realistisch. Darüber hinaus würden im Antrag verschiedene Aspekte vermischt, da z.B. die Frage der verkehrlichen Entlastung der Innenstadt unabhängig von der Frage des Bahndamms zu betrachten sei.

Herr Ziffus erklärt hierzu, dass er neben den im Antrag genannten Kosten auch die Kosten für eine evtl. Alternativtrasse ausgerechnet habe. Diese Kosten lägen insgesamt rund 1/3 niedriger gegenüber der Variante über den Bahndamm. Schon aus diesem Grunde seien bei der Kostenkalkulation auch Alternativen kostenmäßig darzustellen.

Abschließend schlägt der Vorsitzende vor, den Antrag zunächst zur Kenntnis zu nehmen und zu gegebener Zeit beim Land eine Kostenschätzung abzufragen. Hiermit zeigt sich der Ausschuss einverstanden.

<-@

16 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.05.2009, Eingang 14.05.2009, zur Präsentation der Resultate für die Regionale 2010 in übersichtlicher, bewertender Form**

@->Herr Ziffus verweist ergänzend zu diesem Antrag auf seine beruflichen Erfah-

rungen als Lehrer. So habe er die graphische Darstellung auf Seite 75 der Einladung dem neuen Diercke-Atlas entnommen. Eine derartige Darstellung mache es auch dem Laien leicht, die Vorteile der verschiedenen Projekte zur Regionale 2010 auf einen Blick zu erkennen. Er plädiert daher, zukünftig eine solche Darstellung auch unter dem Aspekt des Nachhaltigkeitsgesichtspunktes zu verwenden.

Hierzu verweist Herr Schmickler darauf, dass die Prüfung der Nachhaltigkeit in allen Planungsverfahren seit Jahren auch gesetzlich vorgeschrieben sei. Er regt jedoch an, hier keinen Spezialweg für Bergisch Gladbach zu beschreiten, zumal es sich bei der Regionale 2010 nicht um ein Privatvergnügen der Stadt handele, sondern ein Projekt der Region und des Landes. Insofern sei es sinnvoll, mit der Regionale-Agentur Kontakt aufzunehmen und den Vorschlag dort einzubringen.

Herr Höring unterstützt den Vorschlag der Verwaltung. Die Anregung sei gut, jedoch sei die Stadt hierfür nicht allein zuständig, so dass man schon aus diesem Grunde dem Antrag nicht zustimmen könne.

Ebenso wie Herr Schmickler geht Frau Schneider davon aus, dass die Nachhaltigkeit ein Gebot der Regionale 2010 sei. Darüber hinaus geht sie davon aus, dass die Projekte der Regionale in der Stadt allesamt eine gute Bewertung in puncto Nachhaltigkeit erzielen würden.

Im Anschluss hieran schlägt der Vorsitzende vor, die Antwort der Regionale-Agentur auf die Anfrage der Verwaltung abzuwarten. Bezug nehmend auf den Antrag lasse sich so vermeiden, dass dieser gute Ansatz durch einen negativen Beschluss des Ausschusses verworfen werde.

Hiermit zeigt sich Herr Ziffus einverstanden, jedoch gibt er zu Bedenken, dass der Ausschuss über einige Konsequenzen der Regionale 2010 zu entscheiden habe. Er sagt, die entsprechenden Diagramme bzw. Tabellen hierzu dem Ausschuss vorzulegen, soweit die Regionale-Agentur eine abschlägige Antwort gebe.

<-@

17 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->Herr Komenda:

Wir haben vor etwas mehr als einem halben Jahr gegen die Stimmen unserer Fraktion beschlossen, dass Taxis auch auf den Busspuren fahren dürfen. Ich habe in den letzten 6 Wochen insgesamt 2 Unfälle mit Taxis auf den Busspuren selber gesehen und möchte daher wissen, ob der Verwaltung schon entsprechende Erfahrungen hierüber vorliegen.

Hierzu verweist Herr Widdenhöfer auf den Erfahrungsbericht, der seitens der Verwaltung im Rahmen der Beschlussfassung nach rund einem Jahr zugesagt worden sei.

Herr Rosen:

Wir hatten in der letzten Ratssitzung die Anfrage gestellt, ob die SPD für ihre Plakatierung der Ü-30 Party freiwillig Gebühren gezahlt habe. Leider haben wir hierzu bis heute noch keine Antwort erhalten.

Herr Hardt erklärt diesbezüglich, dass seines Wissens nach bis dato noch keine Einnahme zu verzeichnen gewesen sei. Auf Wunsch sagt er hierzu jedoch eine schriftli-

che Antwort zu, worauf Herr Rosen im weiteren Verlauf des Tagesordnungspunktes jedoch verzichtet.

Abschließend bedauert Herr Komenda, dass einzelne Plakate länger als beabsichtigt aufgehangen gewesen seien. Er sei für die Aktion in seiner Fraktion gewesen, jedoch habe es beim Abhängen der Plakate einige Probleme gegeben.

Auf den Hinweis des Vorsitzenden an die Selbstverpflichtung der Parteien im Rahmen des Beschlusses zur Wahlsichtwerbung erklärt Herr Widdenhöfer, dass die Anzeigepflicht im Sinne der Satzung bis dato kaum eingehalten würde. Er bittet daher, der Anzeigepflicht zukünftig nachzukommen.

Herr Krafft:

Ich habe heute in der Zeitung gelesen, dass die Stadt für Ihre Beleuchtung vom Bundesumweltminister belohnt wird. Liegen der Verwaltung hierzu schon nähere Erkenntnisse vor?

Weiterhin hätte ich gerne gewusst, wie die Wiederaufforstung an der Kürtener Straße erfolgt und ob seitens der Stadt die Möglichkeit besteht, dort entsprechend einzugreifen.

Darüber hinaus möchte ich wissen, wie die Reparatur der Frostaufbrüche in den Straßen voranschreitet, zumal durch der Kreis nahezu alle Kreisstraßen bereits in Ordnung gebracht wurden.

Abschließend bitte ich um Mitteilung, ob es nach Errichtung der Ampel an der Einmündung der Straße Hecken vermehrt Beschwerden der dortigen Anlieger durch das erhöhte Verkehrsaufkommen zu verzeichnen sind.

Zur ersten Frage erklärt Herr Schmickler, dass die Stadt vom Bundesumweltminister eine Einladung zu einer Tagung nach Berlin erhalten habe, in dessen Rahmen man für das Projekt „energieeffiziente Beleuchtung“ einen Preis bekomme. Nähere Einzelheiten seien der Stadt zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht bekannt, man hoffe jedoch, mit einem guten Ergebnis für die Stadt zurückzukehren.

Hinsichtlich der Straße Hecken weist Herr Schmickler darauf hin, dass diese aufgrund der Baustelle im Einmündungsbereich lange gesperrt gewesen sei. Nach Öffnung der Straße habe sich der Verkehr im Gegensatz zur früheren Situation jedoch nicht wesentlich verstärkt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Aufforstung entlang der Kürtener Straße Sache der privaten Eigentümer sei, so dass die Stadt hier keine Möglichkeit habe einzugreifen.

Herr Höring:

Besonders auf dem Parkplatz an der Eissporthalle fällt mir auf, dass dieser häufiger zur Motorradausbildung genutzt wird. Da hierdurch Parkflächen wegfallen und sowohl Fußgänger wie auch Autofahrer möglicherweise gefährdet werden, möchte ich wissen, ob dies auf solchen Parkplätzen gestattet sei und wenn ja, wer dies genehmige. Hierzu hatte ich 5 Fragen schriftlich eingereicht, um deren Beantwortung ich bitte.

Diesbezüglich sagt Herr Widdenhöfer eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu. Generell handele es sich bei solchen Flächen jedoch um öffentliche Plätze. Ihm persönlich sei es ebenso wie der Polizei sogar lieber, wenn die Motorradausbildung auf solchen Flächen erfolge und nicht im laufenden Verkehr auf der Straße. Auch sei festzustellen, dass die Ausbildung meistens in der Zeit stattfinde, an denen der Parkplatz ohnehin nicht komplett belegt sei.

Herr Brenneiser:

Anwohner der Straßen Lückrather Weg und Berzeliusstraße haben sich an uns gewandt und sich über den Schwerlastverkehr im Zusammenhang mit der Baustelle des Mediterana, der über ihre Straßen geführt wird, beschwert. Die Problematik ist auch bereits an die Verwaltung herangetragen worden, jedoch sei die betreffende Firma nicht davon zu überzeugen, den etwas weiteren Weg über die Saaler Straße und Gladbacher Straße zu wählen, zumal die rechtlichen Möglichkeiten offensichtlich erschöpft seien. Es wurden an einem Tag bis zu 50 schwere Lkw's in dieser Zone-30 gezählt, ferner haben die Anwohner den Bürgermeister in einer E-Mail auf das Problem aufmerksam gemacht.

Hierzu weist Herr Uttich darauf hin, dass das Problem bei der Verwaltung bekannt sei. Jedoch gebe es keine rechtliche Möglichkeit, den Schwerlastverkehr aus dieser Straße herauszunehmen, da ein Vorgehen auf der Grundlage des § 45 Abs. 9 Straßenverkehrsordnung wegen der nicht vorhandenen erheblichen Gefährdungslage für Personen ausscheidet. Insofern habe man die Firma appelliert, den Verkehr möglichst auf die Ausweichroute über die Saaler Straße zu verlagern, jedoch habe die Firma signalisiert, den Lückrather Weg bis zu einer offiziellen Sperrung weiter zu nutzen. Abschließend erinnert er daran, dass sich der Ausschuss zusammen mit dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden im Jahre 2003 gegen eine Sperrung der Straße für den Lkw-Verkehr ausgesprochen habe.

Ergänzend betont Herr Widdenhöfer, dass die Verwaltung das Problem ebenfalls erkenne. Jedoch habe man außer dem Gespräch mit dem Unternehmer derzeit keine andere Möglichkeit, da die Sperrung des Straßenzugs für den Lkw-Verkehr lediglich eine Möglichkeit sei, soweit sich ein erhöhtes Gefährdungspotential zeige.

Herr Mömkes:

Wann ist mit dem Baubeginn des Park & Ride-Platzes in Duckterath zu rechnen?

Diesbezüglich erklärt Herr Hardt, dass der Bau des Parkplatzes abhängig von einer Förderung des Landes sei, während der Ausbau des dahinter liegenden Platzes derzeit in Vorbereitung sei. Es sei beabsichtigt, die Maßnahme in die August- bzw. September-sitzung des Vergabeausschusses einzubringen, um so im Herbst mit dem Ausbau beginnen zu können.

Ergänzend hierzu möchte Herr Ziffus wissen, welche Kosten die Errichtung eines einzelnen Parkplatzes dort verursache, da es sich bei diesem Gelände seiner Ansicht nach um Bauland handele.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass es sich bei dieser Fläche des Platzes wegen des nicht realisierbaren Schallschutzes gegenüber dem Betriebshof der Wupper-Sieg AG nicht um Bauland handelt. Insofern entbehre die Frage von Herrn Ziffus einer

entsprechenden Grundlage.

Herr Ziffus:

Ich habe festgestellt, dass auf der Straße An der Gohrsmühle nahezu an jeder Laterne Dreieckständer der SPD angebracht wurden. Meiner Ansicht nach sollte die neue Satzung für Wahlwerbung gerade diesen Umstand vermeiden.

Sodann schließt der Vorsitzende den Öffentlichen Teil der Sitzung um 19.09 Uhr.

<-@

Vorsitzender

Schriftführer